

Simburger Anzeiger

gleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Simburg und für die in der zentralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortsgemeinden der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Vortage).
Preis: monatlich 3.00 Mark einschl. Postgebühr
oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur: Hans Antke,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Bahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 8-Millimeterzeile oder deren
Raum 50 Hg. Die 61 mm breite Reklamezeile 1.50 Mk.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Kammer 86

Simburg, Freitag den 16. April 1920.

83. Jahrgang

Die Reichseisenbahn.

Der große Wert der Reichseisenbahn steht vor dem Publikum. Die Vorarbeiten in dieser kleinen Weise fortgeführt werden konnten, ist in erster Linie mit dem Bestreben der aufopferungsvollen und selbstlosen Arbeit der Beamten des Reichsverkehrsministeriums. Es ist aber auch insbesondere dem Minister selbst zu verdanken, der die schwierigen Verhandlungen mit den Eisenbahnländern in überaus geschickter Weise geführt hat. Der Staatsvertrag, der die Überführung der Eisenbahnen auf das Reich regelt, ist abgeschlossen. Sieben Eisenbahnländer haben durch ihr Parlament bereits ihre Zustimmung zu diesem Vertrag erteilt. Es steht noch aus der Zustimmung des größten Eisenbahnländers, Preußen, doch wird sich die Preussische Landesversammlung bereits in nächster Woche mit diesem Vertrag beschäftigen haben, und wenn auch einige Widerstände vorhanden sind, so wird sich doch eine glatte Übernahme ermöglichen lassen. Alsdann wird nur noch die deutsche Nationalversammlung den Vertrag zu genehmigen haben. Diese Arbeit wird aber voraussichtlich auch die letzte Arbeit der Nationalversammlung darstellen. Die Genehmigung dürfte bis Ende dieses Monats zu erwarten sein. Der Reichstag wird zwar ebenfalls noch manches auszuweisen haben, besonders die Länder, die keine Eisenbahnen besitzen, aber auch daran wird das Wert der Überführung in Reichsbefehl nicht scheitern. Es sind nun in der letzten Zeit mehrfach Angriffe wegen der vorzeitigen Übernahme, die ja bekanntlich früher geschah, als nach der Verfassung vorgesehen war, erhoben worden. Demgegenüber muß aber doch betont werden, daß politische, wirtschaftliche und eisenbahnspezifische Gründe die Übernahme rechtfertigen haben, daß zu dem vorgesehenen Termin der Vertrag zustande kam. Die politischen Gründe sind jeder erkennen, der weiß, wie noch in den letzten Monaten der Bestand des Reiches gefährdet war. Die Reichseisenbahn sichert die Reichseinheit in wesentlicher Weise. Wirtschaftlich war ein so früher Termin notwendig, da man sich der Erkenntnis nicht verschließen konnte, daß erst eine schnelle einheitliche Verkehrsreform durchgeführt werden mußte, um das Wirtschaftsleben zu neuer Blüte heranwachsen konnte. Endlich sprechen noch eisenbahnspezifische Gründe für diesen frühen Zeitpunkt, da die grundsätzliche Reform des Verkehrs, wenn es sich um ein einheitliches Gebilde handelt, nach Ansicht aller Fachleute wird die Reorganisation des Eisenbahnwesens erst dann wirklich beginnen können und Aussicht auf Erfolg bringen, wenn wir eine Reichseisenbahn besitzen.

Vor neuen Putschen?

Nach einer Meldung der „P. B. N.“ soll sich Major Böhm noch in Greifswald oder in der Nähe von Greifswald aufhalten, um von dort die Eiserne Division zu organisieren.

Berlin, 15. April. Im Laufe des Mittwochabend verbreiteten sich die Gerüchte und amtlichen Meldungen von einer unmittelbar bevorstehenden Putschgefahr. Allen Fraktionen der Nationalversammlung sind derartige Meldungen, zum Teil von sehr beachtenswerter Seite, zugegangen. Die Regierung ist von Parlamentariern verschiedener Fraktionen eindringlich gewarnt worden. Umfassende Sicherheitsmaßnahmen wurden für den Fall getroffen. Die Meldungen sind infolgedessen von eigenartiger Bedeutung, als sie zu einem erheblichen Teil darauf hinweisen, daß diesmal eine Verbindung zwischen putschistischen hohen Offizieren und kommunistischen Gruppen erfolgt ist. Es besteht die Absicht, kommunistische Hundertschaften, ähnlich wie solche im Ruhrgebiet bestanden, unter die Führung von Offizieren zu stellen, die dem nationalen Bolschewismus halbtun.

Verhaftungen.

Berlin, 15. April. Der Polizeipräsident in Stettin hat gestern in Rangart einen Oberleutnant, einen Leutnant und 152 ehemalige Baltikamer verhaften lassen. Die Leute waren demontiert und gehörten zu einer Abteilung, die kürzlich in Preußen aufgelöst worden ist. Es steht fest, daß zahlreiche Baltikamer unter Umgebung der Kreisverwaltungsstellen einsam oder in Gruppen auf den Gütern untergekommen haben. General von Oldershausen hat sich heute nach Stettin begeben, um die pommerischen Angelegenheiten nachzugehen und die nötigen Anordnungen zu treffen.

Veröffentlichung von Organisationsplänen zu dem Rapp-Putsch.

Der „Vorwärts“ beginnt heute mit der Veröffentlichung eines außerordentlich umfangreichen Materials, von dem in den einleitenden Bemerkungen gesagt wird, daß es zwar nicht über die ganze Rapp-Lüttich-Verständigung, aber über einen großen Teil davon handelt, namentlich über die Verstandigung in Bayern, aber auch in anderen Landesteilen eine vollständige Uebersicht gibt. Das Material besteht aus einer Anzahl von Sitzungsprotokollen, aus einer sehr umfangreichen Korrespondenz zwischen den an der Verstandigung beteiligten Offizieren, ferner aus Organisationsplänen, Truppenverteilungsplänen, Entwürfen von Aufrufen aller Art usw. Die Entwürfe des Materials, das bei einem Mitverschworenen gefunden wurde, ist in jeder Weise verfertigt. Sein Umfang ist nicht abzuschätzen. Die Schriftstücke geben ein sehr lebendiges Bild, welche prominenten Militärs und Politiker der Verstandigung nahestanden, von ihr gewußt und sie besonders großen Anteil an ihr hatten. Schließlich charakterisieren sie auf das Treffendste die Zustände in der Reichswehr, die „Unversöhnlichkeit“ eines großen Teils der Offiziere, die ein solches Verbrechen in der Worte leidet: „Wenn es nötig ist, breche ich von 8 bis 9 Uhr alle Eide, die ich von 7 bis 8 Uhr geschworen habe.“

Die zweifelhafte Haltung General Rärkers.

Tresden, 14. April. Wie der Chefredakteur der „Sächsischen Volkszeitung“, des Zentrumsblattes in Sachsen, mitteilt, hatte General Rärker einige Tage vor dem Rapp-Putsch auf einem Gute in Thüringen eine Besprechung mit dem General von Lüttich. Bei einer späteren Untersuchung wurden auf diesem und anderen Gütern der dortigen Gegend Maschinenwaffen gefunden.

Erste Auffassung der deutschen innerpolitischen Lage in der Schweiz.

Bern, 14. April. (W.B.) Die Basler „Nationalzeitung“ stellt in einer Berner Korrespondenz fest, daß die auf Aufruf der Entente in Deutschland angeordnete Auflösung der Bürger- und Einwohnerwehren im Bundeshaushalt mit Rücksicht auf die unklare politische Lage in Deutschland sowie im Hinblick auf die Umwälzungsbestrebungen der bolschewistischen und kommunistischen Parteien eine gewisse Beunruhigung erweckt hat. Die „Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt zur gleichen Frage: „Man hat in der Schweiz die Meinung, daß in Paris die Gefahr bolschewistischer Ausbreitungen zu wenig ernst genommen wird. Wenn wir in der Schweiz in diesem Punkte ernste Befürchtungen haben, dürfte man diesen Gedankengang auch bei den Westmächten wärmen.“

Deutschland und die Entente.

Eintreffen der belgischen Delegation in Frankfurt.

Frankfurt, 14. April. (W.B.) Ein Bataillon belgischer Soldaten trat gegen vier Uhr zur Verstärkung der französischen Truppen im hiesigen Güterbahnhof ein und wurde unter Entfaltung reichen militärischen Gepranges von der gesamten hiesigen französischen Garnison, die auch Spalier in den Durchgangshäusern vom Güterbahnhof bis zum Opernplatz bildete, empfangen. Nach einer Begrüßung durch die hier anwesende französische Generalität wurden die Belgier von den Franzosen nach ihrer Kommandantur im Imperial-Hotel geleitet. Im Anschluß an den Empfang fand eine Parade der Belgier und Franzosen auf dem Opernplatz statt.

Die Zahl der Opfer in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 14. April. (W.B.) Der kommandierende französische General hat die Veröffentlichung folgender Notiz angeordnet: Durch eine gemeinsame von den französischen und deutschen Behörden vorgenommene Untersuchung ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Zahl der Opfer der Vorfälle vom 7. April, wie sie durch die Agentur des Wolffschen Büros und des „Generalanzeiger“ verbreitet wurde, ungenau ist. Die Zahl der Opfer beträgt sechs Tote (davon vier erschossen und zwei ihren Wunden erlegen), und 22 Verwundete.

Der verfehlte Akt in der Entente.

Rotterdam, 14. April. (W. T. B.) Der parlamentarische Mitarbeiter des „Dutch Chronicle“ schreibt: Die englische Regierung sei sehr angenehm berührt durch die schnelle und herzliche Weise, mit der Frankreich ihren Wünschen entgegengekommen sei. Die Regierung schwankte in ihrer Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei der Durchführung des Friedensvertrags niemals, hielt aber ein überreifes und isoliertes Vorgehen für gefährlich. Es sei ihre Meinung, daß jeder wichtige Schritt bei der Ausführung des Friedensvertrages angemessen und allgemein gebilligt werden müsse. Die Konferenz von Son Remo werde Gelegenheit zur Untersuchung der Ursachen und Absichten geben und zwecklos dazu helfen, die Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Regierungen zu festigen.

Das belgisch-französische Militärabkommen.

Paris, 14. April. (W. T. B.) Der belgische Botschafter in Paris erklärte einem Vertreter des „Berliner Journal“, der Abschluß einer militärischen Entente, nicht klar militärischen, sondern zwischen Belgien und Frankreich stehende unmittelbar bevor.

Frühverlängerung?

Frankfurt, 14. April. Wie der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet, wird die Entente Deutschland die erbetene Frühverlängerung von drei Monaten zur Aufrechterhaltung der erlaubten Truppenbestände im Ruhrgebiet gewähren.

Waffenabgabe der Einwohnerwehren in Baden.

Frankfurt, 14. April. Aus Karlsruhe wird der Frankfurter Zeitung gemeldet: Das badische Ministerium des Innern hat auf Grund des Borgehens der Entente die Einwohnerwehren aufgefordert, die in ihrem Besitz befindlichen Waffen an die ordentlichen Polizeibehörden abzugeben. Ueber die Zukunft der Einwohnerwehren schweben noch Verhandlungen. Das Borgehen des Ministeriums des Innern — so heißt es in der amtlichen Veröffentlichung weiter — wird von der Gesamtregierung gedeckt, die die Verantwortung für die Gefahr drohender Repressalien nicht übernehmen kann.

Verdröhung der Wahrheit.

Bern, 14. April. (W.B.) Die „Lantern“, „Revue“ gibt eine eingehende Schilderung der revolutionären Ausschreitungen, die im Ruhrgebiet begangen worden sind, und erklärt, daß die französische Presse diese Vorgänge verschweige, um behaupten zu können, daß der Aufstand im Ruhrgebiet ausschließlich gegen die Reichswehr und gegen die Berliner Reaktion gerichtet sei. Nach dem sozialistischen „Droit du Peuple“ kommt die französische Propaganda zugunsten der Aufständischen höchst verdröht vor.

Amerikanischer Tadel gegen Frankreich.

New York, 14. April. Die „New York Ztg.“ meldet aus New York: In amtlichen Kreisen Washingtons wird der Gedanke vertreten, den Zwischenfall, der durch das Vordringen Frankreichs in Deutschland hervorgerufen wurde, durch ein internationales Schiedsgericht zu regeln. Die demokratischen Blätter schreiben in immer schärfer werdendem Tone. Die New York World, das führende demokratische Blatt, sagt: Anstatt die Liga anzurufen, fällt Frankreich in Deutschland ein. New York Sun und Tribune sagen, daß nichts Bedauerlicheres habe geschehen können, als dieses Vordringen. Galt sei dank, sagt Sun, daß Amerika nicht Mitglied einer solchen Liga von Nationen ist. Die Hearstblätter beglückwünschen sich dazu, daß sie 3000 Meilen von diesem Anarchiefreud entfernt sind.

Generalstreik gegenüber belgischer Vergewaltigung.

München, 14. April. (W.B.) Wie der „Volksfreund“ erfährt, ist heute der Generalstreik in Eupen, Malmedy und Montjoie ausgetreten. Der Streik richtet sich gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der belgischen Regierung in Eupen und Malmedy und gegen die Abtretung des Montjoier Bahnhofs an Belgien, die von der Grenzkommission beschlossen wurde. Die Streikleitung hat den belgischen Behörden und der französischen Kommandantur in Montjoie eine Liste von Forderungen überreicht. In Montjoie haben vormittags große Kundgebungen vaterländischen Charakters stattgefunden. In den drei Kreisen ist der Generalstreik allgemein. Die ganze Beamtenschaft, mit Einschluß von Post- und Telegraphen freileben. Ueber die Haltung der Eisenbahner ist noch keine Entscheidung getroffen.

Keine Nachsicht der Entente

in der Frage der Schiffsaustieferungen.

Berlin, 14. April. (W.B.) Die deutsche Schiffsahrtsdelegation hat von der Reparationskommission folgende Benachrichtigung erhalten: Wir bedauern uns Sie zu benachrichtigen, daß die Reparationskommission das von der deutschen Schiffsahrtsdelegation unter dem 6. April 1920 vorgelegte Memorandum eingehend geprüft hat, in dem darauf hingewiesen wird, daß es notwendig sei, daß Deutschland, um seine soziale, ökonomische und finanzielle Organisation aufrechtzuerhalten, nicht gezwungen werden sollte, die Uebertragung seiner gesamten Schiffe auszuführen, zu der es durch Anlage 3, Teil 8, des Vertrages von Versailles gezwungen ist. Die Kommission hat auch eingehend die ergangenen Mitteilungen berücksichtigt, welche bei der am Samstag des 6. März abgehaltenen Sitzung der Kommission gegeben wurden, an der auch die Schiffsahrtsdelegierten teilnahmen, um persönlich ihre Auffassungen vorzubringen. Wir bedauern uns Ihnen mitzuteilen, daß nach eingehender Prüfung aller Einzelheiten der Angelegenheit die Kommission zu dem Beschluß gelangt ist, daß nicht genügend Gründe vorgebracht wurden, um eine Abänderung der Bedingungen des Annex 8 in der von der deutschen Delegation geforderten Art zu rechtfertigen. Die Reparationskommission fordert die deutsche Schiffsahrtsdelegation auf, unverzüglich die Uebertragung des in Frage stehenden Schiffsraums gemäß den Direktiven der Services maritimes in Angriff zu nehmen.

Paris, 14. April. (W.B.) In der heutigen Senatsitzung gab Millerand dieselbe Erklärung ab wie gestern in der Kammer. Er schloß mit den Worten: In demselben Augenblicke, in dem Bonar Law im Unterhaus im Namen seiner Regierung eine Erklärung abgab, sind der französische und der britische Kriegsminister in Paris zusammengetreten, um, indem sie ihren Worten gleich die Tat folgen ließen, mit dem militärischen Sachverständigen zu beraten über die Entwaffnung Deutschlands. Dieses heißt den Wert und die Festigkeit unseres Bündnisses hervor.

Neue Vorstellungen Deutschlands.

Berlin, 14. April. (W.B.) Folgende Note wurde von der deutschen Regierung an die Reparationskommission geschickt: Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note der Reparationskommission vom 31. März zu bestätigen, welches die Antwort auf das Memorandum enthält, in dem um Belassung des für Deutschlands Existenz notwendigen Schiffsraums gebeten worden ist. Nach dem Friedensvertrag und der in Memorandum angelegenen Note der Alliierten ist es der Reparationskommission zur Pflicht gemacht worden, auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Entscheidungen Rücksicht zu nehmen, insbesondere nicht durch Erzwungung der Friedensbedingungen Deutschland so weit zu zerrütten, daß seine Fähigkeit, den Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu genügen, in Frage gestellt wird. — Das von der deutschen Regierung überreichte Memorandum schilderte in kurzen Zügen die wirtschaftliche Lage Deutschlands und zeigte, wie Deutschland ohne Belassung eines bestimmten wirtschaftlichen Schiffsraums zusammenbrechen muß. Der „Maritime Service“, dem die deutsche Schiffsahrtsdelegation dieses Memorandum vorgelegt und übergeben hat, sagte zu, daselbst mit einem entsprechenden Kommentar an die Reparationskommission weiterzuleiten. Dies ist geschehen. Die Reparationskommission stellt das Memorandum für so wichtig, daß sie die deutsche Schiffsahrtskommission nach Paris gebeten hat, um in Gegenwart des gleichfalls dort anwesenden Maritimen Service die Sache nochmals zu vertreten. — Das eingangs erwähnte Schreiben der Reparationskommission lehnt jedoch nunmehr den deutschen Antrag mit dem Bemerkten ab, daß „keine genügenden Gründe“ vorgebracht worden seien. Die deutsche Regierung kann diese Entscheidung nicht stillschweigend hinnehmen. Obwohl nach ihrer Ansicht die bereits vorgelegte Denkschrift eine schon mehr als eindringliche Sprache führt, wird die

deutsche Regierung gleichwohl weiteres zahlenmäßiges Material der Reparationskommission unterbreiten. Sie wird zu gleicher Zeit einen namentlich bestimmten formulierten Antrag dahin stellen, wieviel Schiffsraum, welche Art Schiffe und für welche Zeit die Reparationskommission Deutschland überlassen möge. Die deutsche Regierung wird sich erlauben, in einer zweiten Note demnach auf die Angelegenheit zurückzukommen. Der Vorsitzende der deutschen Schiffahrtsdelegation ist wegen der Fortsetzung der bisher in London geführten Verhandlungen, betreffend die Ablieferung der Schiffe inzwischen unmittelbar mit dem Vorsitzenden des Maritime Service in London in Verbindung getreten.

Das Kesseltreiben gegen Hölz.

Die Verfolgung der Hölz'schen roten Garde.

Plauen, 14. April. (W.B.) Leute des Hölz, die über Untersachsenberg und Jägersgrün nach Auerbach strömten, zerstörten bei Jägersgrün die Eisenbahnbrücke und sprengten die Gleise. In Schönd wurde heute früh von durchmarschierenden Reichwehrruppen eine Anzahl Rotgardisten festgenommen und ihnen größere Geldbeträge abgenommen.

Plauen, 14. April. (W.B.) In Jägersgrün rückte heute die Fliegerabteilung des Detachements Haufel ein, die die Verfolgung der in den umliegenden Wäldern umherstreifenden Rotgardisten aufnahm. Es kam zwischen den Truppen und Rotgardisten zu vereinzelter Schießereien, wobei einige Rotgardisten getötet und verwundet wurden. Bis mittags waren 72 Rotgardisten gefangen, darunter der Führer des Aktionsausschusses namens Kort. Unter den Gefangenen befanden sich auch zwei Russen. Alle Rotgardisten hatten bedeutende Geldbeträge bei sich. Die Reichswehr verhaftete in Jägersgrün eine größere Anzahl Spartaisten, darunter die „rechte Hand“ des Hölz, den ehemaligen Extrak- und Kinolehrer Ruck.

Plauen, 14. April. (W.B.) Hölz verließ mit seinen Leuten nach Klingenthal, nachdem er die geforderte eine Million von den festgenommenen Geiseln erhalten hatte. Gegen 4 Uhr morgens erschienen Hölz und Genossen in sechs Automobilen in Auerbach im Vogtland, wo die Wageninsassen von der dortigen Polizei und Einwohnerwehr sofort erkannt und festgehalten wurden. Es entwickelte sich eine Schießerei, bei der niemand verletzt wurde. Die Polizei hielt vier Automobile fest und verhaftete zehn Insassen, während Hölz mit den beiden anderen Automobilen entkommen ist. In Plauen ereignete sich nichts Neues. Die Stadt ist ruhig.

Leipzig, 14. April. (W.B.) In amtlichen Berichten aus dem Vogtlande heißt es: Falkenstein-Klingenthal wurde heute früh von Reichwehrruppen besetzt. Hölz'sche Banden, die von Klingenthal nachts im Kraftwagen über Auerbach kamen, wurden in Rautentranzen, südlich Auerbach, von den Reichwehrruppen in einen kurzen Kampfe verwickelt. 30 Mann wurden gefangen genommen. Zwei Personenkraftwagen und vier Lastkraftwagen wurden erbeutet. Hölz entkam, anscheinend in der Richtung Johann-Georgenthal. In Schönheide wurden die drei Hölz'schen verhaftet, welche Angaben, Hölz habe nach dem Zusammenstoß bei Auerbach flucht seiner Anhänger bei Schönheide entlassen mit einem Fluchtgeld von 500 Mark für jeden. Der kommunistische Rädler verließ gestern nachmittag gegen die ihm von den Gläubigern Arbeitsgebern angebotene Zahlung von 25 000 Mark für die Stadt mit 30 Mann seiner Anhänger. Ein Teil seiner roten Garde folgte ihm los und blieb in Glashaus. In Delsnig wurde ein Beamter bei dem Einmarsch der Reichswehr verhaftet, in dessen Besitz sich achthunderttausend Mark vorfanden. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen Teil der in Klingenthal vom Hölz erprehten Million handelt.

Prag, 14. April. (W.B.) Aus Pilsen wird gemeldet: In der Nacht auf heute wurden in Mäh zwei Kommunisten angehalten, welche die Grenze überschreiten wollten. Sie wurden von ungarischen Organen entwaffnet und im Lager von Plau interniert. Kommunistische Abteilungen in Stärke von 2000 Mann befinden sich zu beiden Seiten der Straße von Klingenthal nach Mariabrunn. Sie sind außer mit Handgranaten mit etwa zwanzig Maschinengewehren bewaffnet. Tschecho-slowakische Truppen längs der Grenze verteidigen ihnen den Uebertritt auf das Gebiet der Republik.

Wiederaufnahme der Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Berlin, 14. April. (W.B.) Der zweite Unterausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nahm heute

nach fünfmonatiger Pause seine Arbeiten wieder auf. Der Vorsitzende Graf Bernstorff, dem Grafen Bernstorff solle Gelegenheit gegeben werden, auf verschiedene Angriffe, besonders Ludendorffs, zu antworten. Ludendorff hat sich nicht eingefunden. Graf Bernstorff erklärte, er sei auch heute noch der Ansicht, daß durch die Friedensvermittlung Wilsons der Friede herbeigeführt worden wäre und daß ohne den U-Bootkrieg der Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Wilson hatte ursprünglich nur beabsichtigt, die kriegführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Wilson habe im Senat gesagt, er glaube, Amerika wäre in den Krieg gekommen, auch wenn Deutschland keine feindlichen Akte gegen Amerika vorgenommen hätte. Diese Bemerkung hätte sich auf die Ablehnung der amerikanischen Friedensvermittlung bezogen. Die Wilsonsche Forderung „freier Zugang zum Meere“ habe sich nicht auf den späteren „polnischen Korridor“ bezogen. Bernstorff glaubt nicht, daß man in Amerika eine deutsche Gebietsabtretung in Westpreußen dachle, sondern nur an zwischenstaatliche Abmachungen.

Berlin, 14. April. (W.B.) Untersuchungsausschuss, Fortsetzung. Graf Bernstorff fortsetzend: Graf Bernstorff hatte niemals die Absicht, sich in die Einzelheiten europäischer Gebietsfragen zu vertiefen. Genera Ludendorff habe gesagt, er (Bernstorff) habe den Reichslanzler nicht richtig unterrichtet. In allen Berichten, sagt Graf Bernstorff, habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, daß der U-Bootkrieg die Amerikaner in den Krieg ziehen würde. Ich bin auch heute noch der Ansicht, daß aus der Wilsonschen Friedensvermittlung der Friede hervorgegangen wäre. Für mich handelte es sich nicht um die Person Wilsons, sondern um die Tatsache, daß die Entente uns ohne die amerikanische Hilfe niemals hätte besiegen können. Dieser Ansicht bin ich heute mehr als jemals. Ich schrieb zwei Jahre lang nichts anderes, als daß wir die amerikanische Friedensvermittlung annehmen müssen. Zur Frage der Propaganda erklärt Graf Bernstorff, daß uns in Amerika vorgeworfen wurde, zu viel Propaganda zu treiben. Die Engländer wären durch ihre Kabelverbindungen immer voraus gewesen. Für die deutsche Propaganda in Amerika sei überhaupt nur eine Million Dollar ausgegeben worden; trotzdem wäre die Propaganda nicht unzulänglich gewesen. Seine frühere Behauptung, Ludendorff habe die amerikanische Friedensvermittlung nicht gewollt, weil der U-Bootkrieg den Krieg in drei Monaten beendet haben würde, hält Graf Bernstorff aufrecht. Er habe die Äußerung Ludendorffs so aufgefaßt, als ob diese Ansicht die Kollektivauffassung der maßgebenden Kreise in Berlin sei. Auf eine Frage erklärt Graf Bernstorff schließlich, die Militär- und Marinestellen hätten sich drüber überhaupt nicht politisch betätigt. Die Verhandlungen werden dann auf den 16. April 10 Uhr vormittags vertagt.

Weitere Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel.

Nachdem im Haushaltsjahr 1919/20 7,75 Milliarden Mark für Verbilligung eingeführter Lebensmittel aufgewandt wurden, wird demnächst ein Notetat mehrere weitere Milliarden hierfür fordern. Daneben ist die angekündigte CBrot verteuerung unvermeidlich.

Milliardenschuldbeträge der Verkehrsanstalten.

Berlin, 14. April. Die Reichspost schließt für das Vierteljahr Januar-März 1920 mit einem weiteren Fehlbetrag von 1/4 Milliarden Mark ab. Die preussische Staatsbahn weist für diese Zeit einen Fehlbetrag an Einnahmen von 1 1/2 Milliarden Mark auf.

Ausscheidung aller Schüler aus militärischen Organisationen.

Berlin, 14. April. (W.B.) Ein soeben ausgegebener Erlass des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ordnet an: Die Direktoren der höheren Lehranstalten für die männliche Jugend sind anzuweisen, den Schülern den Beitritt zu militärischen Organisationen (Zeitfreiwilligen-Regimenter, Einwohner- und Ortswehren usw.) zu untersagen. Diejenigen Schüler, die bereits derartigen Formationen angehören, haben unverzüglich ihren Austritt zu erklären bzw. um ihre Entlassung nachzusuchen.

Neuwahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 14. April. Der Landtag hat in erster und zweiter Lesung einstimmig und ohne Aussprache die Gesetzesvorlage über Auflösung und Neuwahl des Landtages angenommen. Der Termin für die Neuwahl des Braunschweiger Landtags ist auf Sonntag, den 16. Mai, festgesetzt.

Die Gräfin umarmte und küßte Serena wirklich. Ruh und Umarmung waren wie die Järllichkeiten auf der Bühne, nur martiert.

Serena fühlte beides kaum. Die letzten Worte der Gräfin machten sie unruhig. „Ein Viertelstündchen auf meine Gesellschaft verzichten“ — glaubte die Frau denn, Sendthausen sähe den ganzen Tag hier?

Oder — ja, das war's! Die Gräfin hatte eine Tochter, welche Sendthausen liebte und die Mutter geschickt hatte, um die Nebenbuhlerin auszuforschen. Arme Mutter! Serena war mit einem mal ganz Mitgefühl und hatte nur mehr den einen Wunsch, die Gräfin zu beruhigen über diesen Punkt.

„Wollen Sie denn nicht Platz nehmen, Gräfin? Es ist so lieb von Ihnen sich selbst zu mir zu bemühen — und das ist doch nicht Ihr Ernst, daß ich Sie fast stellen wollte, während ich andere bevorzugte?“ fragte sie herzlich. „Ich malte eben mit ganzer Seele an meinem Bild und vergaß darüber die Augenwelt.“

„Nun — ich begreife es ja. Und mein glücklicher Knecht gehörte ja schon damals für Sie nicht zur profanen Außenwelt! Er spielte, glaube ich, Ihren Lehrer oder Berater — oder irte ich mich? Stand er Ihnen schon damals vielleicht näher als wir — dachten?“

Serena wurde dunkelrot. „Endlich läßt sie die Maske fallen!“ dachte sie. Und dann sagte sie, der Gräfin voll und klar in die Augen blickend:

„Liebe Gräfin, wozu spielen wir eigentlich Komödie? Sie sind nicht meines Bildes wegen gekommen, sondern nur weil Sie denken — wenigstens dachten Sie es in den letzten Minuten wiederholt an — daß Ihr Knecht hier eine Ausnahmestellung einnimmt und Sie gerne wissen möchten.“

Die Gräfin richtete sich steif auf, und jede Liebenswürdigkeit schwand aus ihrem Antlitz.

„Meine Liebe, diese Annahme geht denn doch zu weit. Ich bin mir nicht bewußt — oder hätte ich Sie wirklich um so intime Herzensangelegenheiten gefragt?“

„Ja, Sie fragten, ob Ihr Knecht schon damals —“

„Ihr Freund war?“ — Gott ja, dabei ist doch nichts?“

„Und ich antwortete Ihnen,“ fuhr Serena unbeirrt fort,

„daß mir Baron Sendthausen weder damals noch heute nahe

Die Neuwahlen in Bayern.

München, 14. April. Der Wahlgesetzausschuss des bayerischen Landtages einigte sich dahin, daß die Neuwahlen am 6. Juni stattfinden sollen. Bei der Beratung des Wahlgesetzes wurde beschlossen, die Zahl der Abgeordneten, die gegenwärtig 183 beträgt, auf 157 festzusetzen, wovon 144 direkt gewählt, während die anderen „Landes-Abgeordneten“ sind.

Die Ueberschwemmung mit Falschgeld.

Braunschweig, 14. April. Wie der Justizminister im Landtag erklärte, hat die von verhafteten Kommunisten geführte in der Stadt Braunschweig in letzter Zeit vorgenommene Massenfabrikation und Veräußerung von falschen Fünzigmarkscheinen einen so ungeheuren Umfang angenommen, daß Stadt und Land von den falschen Fünzigmarkscheinen völlig überschwemmt sind. Der Minister empfiehlt deshalb der Bevölkerung bis auf weiteres die Annahme von Fünzigmarkscheinen in Braunschweig als Zahlungsmittel ganz abzulehnen oder wenigstens große Vorsicht walten zu lassen.

Ausdehnung des oberbayerischen Justizbezirks.

Heutigen, 14. April. (W.B.) Sämtliche Justizbezirke der Landgerichte Gleiwitz, Ratibor und Oppeln schlossen sich dem Vorgehen der Justizbeamten des Landgerichts Braunschweig an und legten die Dienstgeschäfte nieder.

Folgen des Hungertodes.

Berlin, 14. April. Von dem durch den Hungertod herbeigeführten Zusammenbruch der Volksgesundheit ist ein Bericht der Landesversicherungsanstalt Berlin einen lichen Beweis. Die Anstalt hatte 1919 gegenüber den Vorjahren einen bedeutenden Mehreingang an Anträgen zur Gewährung einer Invalidenrente. 1918 wurden bei 7274 Invalidenrenten-Anträgen neu erhoben, darunter bei Männern 4602 und von Frauen 2672; 1919 aber bei 10211 neue Invalidenrenten-Anträge, an denen die Invaliden mit 6012 und die Frauen mit 4199 beteiligt waren. Die Wirkung des Hungertodes tritt also bei den Invaliden noch härter als bei den Männern hervor. Nach diesen Zunahmen ergeben sich, wenn man nur die Zahl der Bewilligungen von Invalidenrenten-Anträgen betrachtet, 1918 waren es 5185, darunter 3421 für Männer und 1764 für Frauen, 1919 aber wurden 8208 Anträge bewilligt, 5181 für Männer und 3027 für Frauen. Gegenüber 1918 bedeutet das bei den Männern über 51 v. H., bei den Frauen über 71 v. H.

Die Ernährung Danzigs.

Danzig, 14. April. (W.B.) Hier haben Verhandlungen zwischen Vertretern der polnischen Regierung, dem Oberkommissar Sir Reginald Lomer und Vertretern der Stadt Danzig stattgefunden, die einen befriedigenden Verlauf nahmen. Die Ernährung Danzigs ist bis zur neuen Ernte durch Lieferungen aus Polen im bisherigen Umfang gesichert.

Die Polen und die Unterdrückung deutscher Bürgerrechte in Oberschlesien.

Heutigen, 14. April. (W.B.) Die nationalpolnische Organisation, in der Spitze das polnische Volkskommissariat für Schlesien (gez. Korfanty) veröffentlichte ein Aufruf, in dem sie sich auf die Seite der internationalen Kommission in Oppeln stellen und deren Zwangsmahnen und Ausweisungen billigen. In dem Aufruf heißt es: „Wir erklären hiermit feierlichst namens der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens, daß wir den Standpunkt der internationalen Kommission zu den Wahlen des deutschen Parlaments völlig billigen, und daß wir gegebenenfalls jedes Mittel anwenden werden, um die Wahlen zum deutschen Parlament zu verhindern.“

Falsche Alarmgerüchte aus der Pfalz.

Mannheim, 14. April. (W.B.) Die Pfälzerzeitung meldet: Die „München-Augsburger Abendzeitung“ gibt eine aufsehenerregende Meldung wieder, daß die Ausrufung der Rheinischen Republik nur eine Frage von Tagen sei. Die überwiegende Mehrheit des Pfälzer Volkes lehne den Vorherbei, an dem die Rheinische Republik proklamiert werden. Auch die längst beilegezte Bauernbewegung in der Pfalz, die rein wirtschaftliche Lohnbewegung des Pfälzer Bauernpersonals würden als Zeichen dahin gedeutet, daß in der Pfalz alles zur Explosion dränge und nach Erlösung sei. Wer die pfälzischen Verhältnisse kennt, kann eine soartig grobe Fälschung der Tatsachen nur dadurch erklären, daß die „München-Augsburger Abendzeitung“ entweder eine Apokryphon zum Opfer gefallen ist oder daß sie selbst

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

Sie wurden unterbrochen durch einen Ausruf Wilas, die betroffen auf den Kiesweg wies, der vom Gartentor nach dem Pavillon führte.

„Sie bekommen Besuch, Serena — sehen Sie nur die Gräfin Peil! Keim — die Ehre!“

Sie lief lachend hinaus, um zu öffnen, während Serena sich verwirrt erhob. Was wollte denn die Gräfin bei ihr? Sie war ja gar nicht mehr dort gewesen.

„Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt — dann muß Mohammed wohl zum Berg gehen!“

Mit diesen Worten tauchte die Gräfin, ein lebenswürdiges Wesen auf den Lippen, herein. Sie war in großer Toilette, duftete nach Beilchen und streckte Serena beide Hände entgegen.

„Liebe, liebe Frau Erler, warum lassen Sie sich denn gar nicht bei uns sehen? Habe ich das verdient?“

Serena hantelte eine Entschuldigung.

„Na ich weiß —“, die Gräfin klopfte Serena mütterlich auf die Wange, „mein Knecht hat mir ja erzählt. Die romantische Geschichte, wie Sie Ihren Vater wieder fanden und dann, daß Sie mit Riesenschritten der Verlobtheit entgegen gehen. Darum sei Ihnen auch alles gnädig verziehen. Wissen Sie, woher ich jetzt komme?“

„Nun?“

„Aus der Ausstellung. Ihr Bild — „Frühling“ — hatte ich nicht recht, damals, als ich sagte: eine große, Künstlerin! Mein Knecht war mit mir dort. Ganz glücklich! Ganz stolz! Daß er Ihnen so nahe steht — ihn haben Sie ja nicht so toll geküßt wie leider uns andere Stechfliegen — Sie sehen mich erkaunt an? Mein Gott, das sollte doch kein Vorwurf sein — ich bin ja zu Ihnen gekommen in der Freude meines Herzens, begeistert wie ein Bachflüßchen. „Du mußt sie umarmen, du mußt sie küssen für das Bild!“ sagte ich mir. Mein Knecht wollte natürlich mit — aber diesmal — ja — diesmal müssen Sie schon mit zuliebe ein Viertelstündchen auf seine Gesellschaft verzichten.“

steht, wie Sie sich ausdrücken beliebten. Schon das „Freundschaft“ wäre ein viel zu weiter Begriff für mich. Gefühle ihm gegenüber, und ich muß Sie wirklich bitten.

Die Gräfin lachte plötzlich auf.

„Mein Gott, es klingt fast, als ob Sie mich bezaubeln wollten über Ihre Beziehungen zu Gustav! Liebe Frau Erler, ich bin doch alt genug, um zu wissen, daß ich in Frau in Herzensangelegenheiten in die Karten gucken kann. Bin auch gar nicht neugierig — wirklich. Wozu mühten Sie sich denn eigentlich?“

„Ich —? Redtfertigen?“

„Nun ja, Sie tun wenigstens so.“ Die Gräfin machte einen Augenblick die schlanke, junge Gestalt in dem grauen Gewand, das in schönen weichen Falten herabfiel, über dem das flimmernde Haar wie eine goldene Krone lag. Dann fuhr sie mit beigemem Lächeln fort: „Die meine taktvolle Absicht nicht verstehen wollen, kann ich Ihnen offen reden: Ich habe mich nie um die Liebschaften meiner Knechte bekümmert — derlei findet schließlich von selbst Ende früher oder später — wenn ich diesmal eine Ausnahme machte, so war es nur, weil Sie ihn in meinem Hause kennen lernten und ich — aus Achtung vor der Künstlerin — Ihnen in meiner Freundschaft einen Platz hielt vor der Welt geben wollte. Das ist vielleicht ein wenig großmütig gedacht — aber — Sie sollten es wenigstens anerkennen!“

Serena hatte nur ein Wort behalten: Liebschaften. In ihr flammte vor Entrüstung.

„Gräfin — Sie glauben doch nicht — von mir —“

„Stolzweise kamen die Worte heraus. Gräfin Peil —“

„Was? Sie werden doch hoffentlich nicht so ganz annehmen, daß Baron Sendthausen Sie zu seiner Geliebten machen will?“

Serena hörte nur den Hohn, nicht die lauernde Blicke im Ton der Gräfin. Sie richtete sich stolz auf.

(Fortsetzung folgt)

am Werk sind, die zielbewusst und strupplos jedes Mittel
benutzen, um gegen die Reichsregierung Stimmung zu machen.
Die schärfste Regierung steht in ihrer überwiegenden Mehr-
heit nach wie vor auf dem Boden der Reichsverfassung.

Schwere Erkrankung der Kaiserin.

Die ehemalige deutsche Kaiserin ist, wie wir der „Deutsch-
Allgemein“ entnehmen, so schwer erkrankt, daß mit ihrem
Ableben gerechnet werden muß. Ihre einzige Tochter, die
Herzogin von Braunschweig, weilt am Krankenlager. Zu-
dem Herzogin hat sich auch noch ein Nierenleiden
gezeigt. Die Kaiserin hütet das Bett. Der Kronprinz ist auf
die Mitteilung von der Verschlechterung des Zustandes seiner
Mutter von Beringen nach Amerongen gereist.

Vor polnischen Besetzungen?

Berlin, 15. April. Wie eine schlesische Zeitung meldet,
hat die polnische Regierung dem Rat der Alliierten mitgeteilt,
daß sie beabsichtige, demnachst gegen Deutschland mit Be-
setzungsmaßnahmen vorzugehen, falls es seinen Verpflichtungen
gegenüber nicht nachkomme. — Die in Berlin vorliegen-
den Nachrichten aus Oberschlesien nehmen inzwischen einen
immer ernstere Charakter an. Tatsächlich scheint dort ein
polnischer Putsch in Vorbereitung zu sein, worauf insbeson-
dere die fieberhafte Tätigkeit des Sofinvereins schließen läßt.
Die Regierung sagt jedenfalls die Lage außerordentlich ernst auf und
hat alle Vorsichtsmaßnahmen bereits getroffen.

Blutbad eines französischen Soldaten in Oppeln.

Aus Oppeln wird mitgeteilt: In einem Lokal erschlug
ein französischer Soldat den Bahnposten Placet und ver-
wundete den Bankbeamten Kurek von der Bank für Handel
und Industrie in Oppeln. Die Gewerkschaften und Bahn-
beamten nahmen bereits in einer anberaumten öffentlichen
Versammlung zu diesem Vorfall Stellung. Die von der
internationalen Kommission ausgesandte Personalkontrolle an
den Übergangsstellen vom besetzten zum unbesetzten Gebiet
Oberschlesiens wird am 15. April ausgehoben werden. Der
Vorfall hat sich folgendermaßen abgespielt: In dem Schan-
khausse Luise auf dem Buttermarkt verlangten zwei Italiener
und ein Franzose Billardzettel. Als die anwesende Wirt-
schafterin erklärte, daß die Angeln beschädigt und daher unbrauch-
bar seien, schlug ihr der Franzose ins Gesicht. Der Desilla-
tionsgehilfe Spira, der dagegen protestierte, wurde kurzer-
hand über den Haufen geschmissen. Gleich darauf gab der
Franzose einen zweiten Schlag ab, der einen völlig unbetun-
genen Bankbeamten am Hals verletzete und dann den gerade
beim Zahlen begriffenen Güterbodenposten Placet in die
rechte Seite traf. Placet sank sofort tot um. Die Täter
flüchteten. Infolge all dieser Vorkommnisse herrscht in Ober-
schlesien die Gefahr eines Generalstreiks. — Ein Fußball-
Wettspiel, das letzten Sonntag in Oppeln stattfinden sollte,
mußte abgeblasen werden, da Fußball und Tore von der fran-
zösischen Soldateska entwendet worden war.

Der Prozeß gegen Gailaux

Paris, 14. April. (WZ.) Der Staatsgerichtshof
nimmt heute nachmittags seine Sitzungen im Prozeß Gailaux
wieder auf. Die Plädoyers sollen heute beginnen. Man
erwartet allgemein, daß das Urteil am 23. oder 24. April
gesprochen wird.

Ein Plan zur Wiederaufrichtung des Zarenismus?

Paris, 14. April. (WZ.) Ein ehemaliger Kammer-
herr des Zaren Nikolaus, Alexis Dozobischin, ist am Mor-
tag morgen, als er von Berlin hier ankam, am Nordbahnhof
verhaftet worden. Er soll der Verbindungsman zwischen
zwei russischen Organisationen in Berlin und Paris gewesen
sein, die für die Wiederaufrichtung des Zarenreiches und für
die Unterdrückung der polnischen Republik eintreten wollten.
Der verhaftete Dozobischin bekennt seine Unschuld. Es
scheint, daß die Angelegenheit, die zu zahlreichen Haus-
durchsuchungen geführt hat, noch weitere Kreise ziehen wird. Dozobischin
war Mitglied der letzten russischen Duma.

Tanzende Matrosen im dänischen Folkething.

Kopenhagen, 14. April. Nach einem Bericht von
„Socialdemokraten“ waren gestern 250 Matrosen, Unter-
offiziere und Offiziere der Besatzung des französischen Kreuzers
„Marcellin“, der soeben aus Flensburg zurückkehrte, Gäste
des dänischen Reichstages, der die „Vedden“ mit einem Früh-
stück im Restaurant des Reichstages feierte. Zahlreiche Mit-
glieder des Reichstages waren zugegen. Ein dänisches Wäl-
denorchester spielte abwechselnd dänische und französische pa-
triotische Melodien. Nach einem Frühstück besichtigten die
Franzosen das Reichstagsgebäude. Hierbei kam es zu einer
sehr charakteristischen Szene. Zu den Klängen des Wäl-
denorchesters begannen die Matrosen zunächst mit den wenigen
anwesenden Damen, dann untereinander und schließlich auch
mit den ehrwürdigen Mitgliedern des dänischen Reichstages in
dem Sitzungssaal des dänischen Folkethings zu tanzen.

Generalkrieg in Turin.

Mailand, 14. April. (WZ.) Die Blätter melden,
daß in Turin letzte Nacht der Generalkrieg erklärt wurde,
da eine Verständigung zwischen den Industriellen und den
Metallarbeitern nicht erzielt werden konnte. Dem „Corriere
della Sera“ zufolge stand das Abkommen vor dem Abschluß,
als sich Meinungsverschiedenheiten über die Arbeitsbedin-
gungen ergaben. Der „Avanti“ sagt, der Generalkrieg rühre
eine Prinzipienfrage an, das Kontrollrecht der Arbeiter in
den industriellen Unternehmungen. Die Turiner Zeitungen
sind nicht erschienen.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg den 16. April 1920.

(—) Goldene Hochzeit. Am Montag, den 19.
April begehen die Eheleute Lokomotivführer a. D. Wilhelm
Bakker und seine Gattin geb. Fischer ihre goldene Hochzeit.
Glück zum Feste.

2. Beschlagnahme wurden in der Woche vom
4. bis 11. April: 520 Pfund Kartoffeln, 102 Pfund Roggen,
24 Pf. Rohlshinken, 20 Pf. R. Rauchfleisch, 3 Rg. Wurst,
25 Pf. Weizenmehl, 33 Pf. Zentner Roggen.

Die Diensträume des Finanzamtes, bis-
herigen Staatssteueramtes, befinden sich vom 17. April ab
im zweiten Stockwerk des Gebäudes „Stadt Wiesbaden“.

Eine Steuerermäßigung findet sich unter den heu-
tigen künftigen Bekanntmachungen.

Gegen die körperliche Züchtigung in
der Schule. Der Kultusminister hat einen Erlaß an die
Lehrer herausgegeben, in dem er sich gegen die Anwendung
der körperlichen Züchtigung in den Schulen wendet. Es dürfe
nur in Ausnahmefällen, wenn alle anderen Zuchtmittel er-
folglos geblieben sind, als letztes äußerstes Mittel die Züch-
tigung angewandt werden. Es lege ihm daran, die gesamte
Lehrerschaft nicht nur für diesen Grund, sondern darüber
hinaus für den Gedanken zu gewinnen, daß die körperlich

Züchtigung ein Strafmittel darstellt, dessen Anwendung mit
dem Geist unserer Zeit nicht mehr vereinbar ist, und daß da-
her aus der Schule ganz beseitigt werden muß.

— Tauborn, 15. April. (Konzert.) Die Ortsgruppe
Tauborn des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter
und Hinterbliebenen veranstaltete im Saale „Zur Krone“ am
Sonntag, den 2. Mai, einen Unterhaltungsabend mit einem
reichhaltigen Programm, dessen Abwicklung genussreiche Stun-
den verspricht. Am Sonntag, den 25. April, findet die
Generalprobe statt, zu der auch Kinder Zutritt haben.

— Frankfurt, 15. April. Der Frankfurter Ein-
brecherkönig. Der 32-jährige Fuhrmann Anton Krödel,
seiner „Erfolge“ nach unbedingt Frankfurts Einbrecherkönig,
ist der hiesigen Kriminalpolizei, trotzdem er seine letzten
Selbsttaten ganz besonders schlaue inszenierte, doch ins Garn
gegangen. In Mainz wurde er neulich bei einem Einbruch
festgenommen und dem Provinzial-Arresthaus zugeführt, wo
er als ein gewisser Blumentritt debütierte. Nach wenigen
Tagen brach er in Mainz mit drei anderen Verbrechern aus
und reiste nach Frankfurt. Hier wohnte er in verschiedenen
guten Hotels. Seinen Unterhalt erworb er sich durch ver-
wegene Einbrüche. Leider aber zeigte sich Krödel seinen
Mittellern gegenüber nicht als Gentleman, denn bei der
Teilung einer Diebsbeute betrug er seine Spiegelfechter um
25 000 Mark. Vor einigen Nächten rahl er aus einem
Teppichgeschäft in der Gullentstraße für 10 000 Mark Teppiche
und verbrachte die kostbare Ware in einem eigens hergerichteten
unterirdischen Geheimversteck einer Autohalle in der Augs-
burger Straße. Als er Sonntagabend in der Gullentstraße
einen zweiten Einbruch ausführen wollte, nahm ihn die Polizei
fest. Der Teppichhändler konnte aus den Tiefen der Autohalle
gehoben werden.

Frankfurt, 15. April. (Bandendiebstähle auf
der Eisenbahn.) Nicht weniger als 13 Einwohner von
Mörfelden wurden am Mittwoch früh durch die Frankfurter
Eisenbahnkriminalpolizei verhaftet. Die Gesellschaft hatte seit
Monaten auf den Bahnhöfen Walldorf und Melsdorf Eisen-
bahnwagen systematisch erbrochen und beraubt. Die gestohlene
Ware, meistens Lebensmittel, Stiefel und Kleider, wurde
nach Frankfurt geschafft, wo sie in einer Wirtschaft weiter
versteigert wurde. Ein Teil des Raubguts konnte von den
Kriminalbeamten noch sichergestellt werden.

Frankfurt a. M. 13. April. (Schweres Bau-
Unglück.) Bei der Niederlegung eines Schornsteinrohrs
auf dem Gelände der Maschinenfabrik von Borsum u. Witte-
kind stürzten heute vormittag die beiden 35- und 38-jährigen
Schornsteinbauer Gebr. Heinrich und Wiegand Taubert aus
Langen bzw. Weibingen aus einer Höhe von etwa 30 Metern
ab. Beide erlitten neben schweren Schädelschlägen gefährliche
innere Verletzungen und kamen in sterbendem Zustand in das
städtische Krankenhaus.

— Waldorf, 13. April. Der 20-jährige Arbeiter Her-
mann Becker brachte sich in seiner Wohnung einen Bauchschuß
bei und fuhr dann nach Frankfurt. Er starb während der
Fahrt im Zuge.

Schwanheim, 14. April. (Heimtückung einer
Familie.) Bis auf die Mutter und einen erwachsenen
Sohn ist hier innerhalb weniger Tage eine Familie — der
Vater und vier erwachsene Kinder — ausgestorben.

— Kadesheim, 13. April. Ein Explosionsun-
glück. Von den im Rathauseller untergebrachten Munition-
slagern der französischen Besatzungsbehörde ist ein er-
schütterlicher Teil explodiert. Ein in den Räumen beschäftigter
Franzose wurde zerrissen. Drei Kinder, die im Rathaushofe
spielten, wurden durch die umherfliegenden Sprengstücke so
schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit starben.

— Dillenburg, 13. April. Dierz drangen hier in die
Filiale des Weimar-Braunfelder Konsumvereins ein und stahlen
Zigarren, Kleider und Schuhe im Werte von 15 000 Mark.

— Gerborn, 12. April. Um den hiesigen Bürgermeis-
terposten haben sich über 50 Bewerber gemeldet. Sieben sind
in engerer Wahl.

Bochum, 13. April. Zu Tode gequält. Nach einem
Bericht der Gewerkschaft Friedrich Dübbsen ist der Direktor
der Feste Vohberg, Sebald, den die Sozialisten unehrenvoller-
weise im Bedacht hatten, das Artilleriefeuer der Reichswehr-
truppen gequält zu haben, auf schauerliche Weise zu Tode ge-
quält worden. Er wurde zunächst gezwungen, Munition für
die Roten an die Front zu schleppen. Nachts sperrte man
ihn in einen Schweinestall. Am anderen Morgen holte man
ihn heraus, misshandelte ihn mit Bajonetten und Mistgabeln
und zertrümmerte dann in ein nahes Wäldchen, wo ihm mit
Gewehrskugeln der Schädel eingeschlagen wurde. Schließlich
band man dem Toten noch Handgranaten auf den Kopf, die
man zur Explosion brachte. Zwei der an diesen Schandtatun
Beteiligten sind verhaftet worden.

Stollberg, 14. April. Ueber die schwere Explo-
sion in der Stollberger Düngersfabrik ist zu erfahren, daß das
Unglück darauf zurückzuführen ist, daß zwei Eisenbahnwagen
mit künstlichem Dünger beim Verladen explodierten.
Es handelte sich um Dünger, der an der Grenze beschlagnahmt
und der Wucherabteilung der Stadt Wachen zugesandt
werden sollte. Offenbar ist der Dünger aus Munitionsrück-
ständen hergestellt und hat anscheinend Sprengstoffe enthalten.
Die sämtlichen 17 zurzeit des Unglücks in der Fabrik beschäf-
tigten Personen haben bei der Explosion den Tod gefunden.
Der Sachschaden wird auf über 100 Millionen Mark geschätzt.
Durch die Explosion sind 24 Familien obdachlos geworden.

Landau, 13. April. Unter der Franzosenge-
walt. Das Erscheinen des „Landauer Anzeigers“ ist heute
von der französischen Behörde auf drei Tage verboten worden,
weil das Blatt eine Protestentscheidung der politischen Par-
teien in Landau gegen die Verurteilung des Baurats Kaiser
in Landau durch das französische Militärgericht veröffent-
licht hatte.

Berlin, 14. April. (Unter falscher Flagge.)
In der Wilhelmstraße hatte ein Direktor Linfert eine Reun-
ionierwohnung gemietet, in der die Deutsch-russische Gesell-
schaft, deren Aufgabe angeblich Anbahnung neuer Handels-
beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist, tagte.
Bei den Zusammenkünften wurde aber auch sehr flott ge-
spielt, und Linfert wurde von dem außerordentlichen Kriegs-
gericht wegen Fälschung von Glücksspielen angefaßt, aber frei-
gesprochen, weil die Gesellschaft sich ausschließlich mit den
deutsch-russischen Handelsbeziehungen befaßt. Nach seinem
Freispruch wurde in den künftigen Räumen ruhig weiter ge-
spielt. Banken von 50 000 bis 100 000 Mark waren keine
Selteneit. So hat eine Dame dort in den letzten zweieinhalb
Monaten nicht weniger als 77 500 Mark verloren. Linfert
hielt es endlich für angebracht, sich zurückzuziehen und die

Räume an einen Herrn Kattau abzutreten. Dieser setzte
das Geschäft fort. Unter den Gästen kam es jedoch zu
Zwistigkeiten, weil einige vermuteten, daß auch falsch ge-
spielt wurde. Die Polizei erhielt nachträglich Kunde von den
Vorgängen. Beamte des Spielerbezirks endeten noch
eine Anzahl Spielgeräte. Sowohl gegen den Direktor
Linfert wie auch gegen Kattau wurde ein Strafverfahren
eingeleitet.

Ein Altonaer Fischdampfer auf eine Mine gelaufen.

Der Fischdampfer Flensburg, hat am 10. April, abends,
bei Liss (Nordsee) eine Tiefmine ins Netz bekommen und
ist, als diese an die Bordwand schlug und explodierte, in
die Luft gesprungen. Der Kapitän und ein Matrose haben sich
im Floß gerettet und sind 22 Stunden in See getrieben,
dann hat sie der Fischdampfer Hamburg aufgenommen und
hier gelandet. Zehn Mann der Besatzung sind wahrschein-
lich umgekommen, da nach Aussage des Kapitäns das Boot,
in dem sich die Leute befanden, vollgeschlagen ist.

Die Todesopfer der Rothensteiner Explosion.

Rönigsberg, 14. April. (WZ.) Die Zahl der
in Rothenstein geborgenen Leichen wurde vormittags auf 135
bezeichnet. Es soll darauf hingewirkt werden, daß Reich
und Staat der Bürgerschaft den entstandenen Schaden voll
ersehen und daß die noch in der Nähe befindlichen Munition-
slager sofort geräumt werden. Den Opfern des Un-
glücks soll ein gemeinsames Grab auf dem Gemeindefriedhof
bereitet werden.

Aufhebung einer wilden Edelsteinbörse.

Berlin, 14. April. Im Kaffe Rational in der Frie-
drichstraße hat sich seit einiger Zeit eine wilde Edelstein-
und Edelmetallbörse aufgemacht, in der nach der Schätzung
von Sachverständigen täglich Millionen umgekehrt wurden.
Der Wirtsbetrieb nahm endlich einen solchen Umfang an,
daß der Inhaber des Kaffees zur Aufrechterhaltung der
Ordnung besondere Maßnahmen treffen mußte. Als Voran-
zeit wurden die Vormittagsstunden zwischen 10 und 11 Uhr
festgelegt. Außerdem wurde ein Eintrittsgeld von drei Mark
erhoben, von dem zwei Mark der Kellner auf die Zech-
verrechnung mußte. Die wilde Börse hatte auch ihre fest-
gesetzte Abrechnungszeit um 1 1/2 Uhr. Die Kriminalpolizei
hielt es gestern für angebracht, dieser neuen Börse einen
Besuch abzuhalten. Sie traf ungefähr 150 Personen an,
darunter etwa ein Dutzend Frauen. Die männlichen Gäste
rekrutierten sich zur Hälfte aus Berliner Händlern, zur Hälfte
aus Ausländern aller Nationalitäten. Sie wurden in Auto-
mobilen und Wagen nach dem Polizeipräsidium gebracht,
um dort eingekerkert und untersucht zu werden. Alle
Edelsteine und Edelmetalle wurden beschlagnahmt.

Ähnlicher Teil.

(Nr. 86 vom 16. April 1920.)

Bekanntmachung

über das Kriegswuchteramt in der Gasse vom 25. Dezember
1919.

Die bisher bei dem Polizeipräsidium in Berlin unter
der Bezeichnung „Kriegswuchteramt“ errichtete Abteilung wird
dem Staatskommissar für Volksernährung als selbständige
Polizeibehörde unterstellt. Das Amt, welches den Namen
„Landespolizeiamt beim Staatskommissar für Volksernäh-
rung“ führt, handhabt die in der Verfügung des Ministers
des Innern vom 1. August 1916 festgestellten Aufgaben.
Die Leitung der Geschäfte des Landespolizeiamts wird
einem zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richter-
amt befähigten Beamten übertragen, dem ein zum höheren
Verwaltungsdienst oder zum Richteramt befähigter Beamter
als ständiger Stellvertreter beigegeben ist. Ferner stellt der
Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte einen Beigeord-
neten.

Das Landespolizeiamt hat das Recht, auf seinem sach-
lichen Arbeitsgebiete die Behörden und Beamten des Polizei-
und Sicherheitsdienstes mit Anweisungen zu versehen. Allge-
meine Anweisungen und Anweisungen an den Polizeipräsi-
denten von Berlin sind vor Erlass des Staatskommissars für
Volksernährung vorzulegen. Die Aufsicht und Anweisungs-
befugnisse anderer Behörden werden hierdurch nicht berührt.

Das Landespolizeiamt wird als für das gesamte preu-
ßische Staatsgebiet im Sinne des § 1 Abs. 1 der Bekannt-
machung über die Auskunftsfrist vom 12. Juli 1917 (Reichs-
Gesetzblatt S. 604) 11. April 1918 (Reichsgesetzblatt S.
187) zuständige Stelle bestimmt.

Die bei dem Landespolizeiamt beschäftigten höheren und
mittleren Vollzugsbeamten werden zu Hilfsbeamten sämtlicher
preussischen Staatsanwaltschaften bestellt. Die bei dem Lan-
despolizeiamt beschäftigten Kriminal- und Polizeioberwacht-
meister werden zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaften
bei den Landgerichten 1, 2 und 3 in Berlin bestellt. Die
gemeinschaftlichen Verfügungen des Justizministers und des
Ministers des Innern vom 6. Dezember 1917 über die Be-
stellung von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft (Justiz-
ministerialblatt S. 384) und die gemeinschaftliche Verfü-
gung des Justizministers und des Staatskommissars für
Volksernährung vom 4. März 1918 über die Bestellung
von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft (Justizministerial-
blatt S. 58) werden aufgehoben.

Im übrigen bleibt die Verfügung vom 1. August 1916
mit den aus Vorstehendem sich ergebenden Änderungen in
Kraft.

Berlin, den 15. Februar 1919.

Der Staatskommissar für Volksernährung.

gez.: Wurm.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftr.: gez. Dr. Reuhaus.

Der Minister des Innern.

In Vert.: gez. Dr. Freund.

Der Finanzminister.

In Vert.: gez. Busch.

Der Justizminister.

In Vert.: gez. Mägel.

Bekanntmachung.

Bekanntmachung

Die Diensträume des Finanzamtes, bisherigen Staatssteuer-
amtes befinden sich von Sonnabend, den 17. April 1920
ab im zweiten Stockwerk des Gebäudes „Stadt Wiesbaden“,
in der oberen Grabenstraße Nr. 1.

Limburg, den 15. April 1920.

5(86)

Das Finanzamt.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Israelitischer Gottesdienst.

Freitag abend 7 Uhr 05. Samstag morgen 8 Uhr 30.
Samstag nachm. 3 Uhr 30. Sabbat-Ausgang 8 Uhr 10.

Staats- und Gemeindesteuern.

Öffentliche Mahnung.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Magistrats vom 20. August 1918, wonach mit Genehmigung des Herrn Finanzministers an die Stelle der schriftlichen Mahnung die Mahnung durch öffentliche Bekanntmachung tritt, werden alle Steuerpflichtigen, welche mit Zahlung der bis jetzt angeforderten Steuern und der Meldeabgabegelder für das Rechnungsjahr 1919 noch rückständig sind, hierdurch aufgefordert, den Steuer-rückstand bis zum 20. d. Mts. an die Stadtkasse einzuzahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt ohne weitere Aufforderung oder Benachrichtigung die kostenpflichtige Zwangsversteigerung.

Limburg, den 15. April 1920.

8(86)

Die Stadtkasse.

Stundenplan

der gewerblichen Fortbildungsschule für das Sommerhalbjahr 1920.

Der Unterricht findet statt für die Klassen:

I. Der Maler etc.:

Dienstag von 4 bis 7 Uhr nachmittags,
Donnerstag von 3 bis 6 Uhr nachmittags.

II. Der Buchgewerbetreibenden ufm.

Montags von 2 bis 7 Uhr nachmittags
Donnerstags von 3 bis 6 Uhr nachmittags dazu nur im April
Dienstags von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

III. Der Baugewerbetreibenden:

Donnerstag von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags
oder Freitag von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

IV. Der Metallarbeiter:

1. Unterklasse	Montags	von 8 Uhr vorm.	bis 3 Uhr nachm.
2. " "	Dienstags	" "	" "
1. Mittelklasse	Samstags	" "	" "
2. " "	Dienstags	" "	" "
3. " "	Dienstags	" "	" "
1. Oberklasse	Freitags	" "	" "
2. " "	Mittwochs	" "	" "

V. Der Schuhmacher:

Montags von 1 bis 7 Uhr nachmittags.

VI. Der Schneider, Sattler etc.:

Dienstags von 4 bis 7 Uhr nachmittags
Mittwochs von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

VII. Der Bäcker, Konditoren etc.

Mittwochs von 3 bis 7 Uhr nachmittags,
die Konditoren außerdem:

Montags von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

VIII. Der Metzger, Kellner, Friseur:

Mittwochs von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

IX. Der Arbeiter, Hausburken, Gärtner, Arbeitslosen:
1. Klasse Mittwochs von 3 bis 7 Uhr nachmittags.
2. Klasse Donnerstags von 3 bis 7 Uhr nachmittags.
Limburg (Lahn), den 31. März 1920. 2(78)

Der Magistrat.

Stundenplan

der kaufmännischen Fortbildungsschule Limburg für das Sommerhalbjahr 1920.

I. Klasse für männliche Angehörige.

1. Oberklasse: Montags, Donnerstags, Samstags vormittags von 7-9 Uhr.
2. Mittelklasse: Montags, Mittwochs, Freitags vormittags von 7-9 Uhr.
Dienstags vormittags von 7-8 Uhr.
3. Unterklasse: Dienstags, Donnerstags, Samstags vormittags von 7-9 Uhr.
Montags u. Mittwochs vormittags von 7-8 Uhr.

II. Klasse für weibliche Angehörige.

1. Oberklasse: Dienstags u. Mittwochs vorm. von 7-9 Uhr.
Freitags " " 7-8 Uhr.
2. Mittelklasse: Montags u. Mittwochs " " 7-9 Uhr.
Samstags " " 7-8 Uhr.

Das Schuljahr beginnt mit dem 1. April, der Unterricht am 15. April. 2(81)

Der Magistrat.

Brennholzverkauf, Oberförsterei Wörsdorf.

Försterei Dauborn, am Freitag, den 23. April, vorm. 10^{1/2} Uhr zu Dauborn (Schäferhof). Distr. 9. Schmidt-graben Eichen: 17 Nm. Scheit, 5 Nm. Knüpp. 95 Reiser- weilen III. Kl. Buchen: 95 Nm. Scheit, 17 Nm. Knüppel. 3 Nm. Stochholz, 760 Reiserweilen III. Kl. Distr. 12 u. 13: Gebranntes Eichen: 38 Nm. Scheit, 9 Nm. Knüppel, 295 Reiserweilen III. Kl. Buchen: 159 Nm. Scheit, 30 Nm. Knüppel, 23 Nm. Stochholz, 1585 Reiserweilen III. Kl. Radel: 15 Nm. Scheit, 180 Reiserweilen 3. Kl. Distr. 19, Mais-graben: Eichen: 7 Nm. Scheit, 3 Nm. Knüppel, 120 Reiser- weilen III. Kl. Radel: 1 Knüppel. Händler und Wieder- verkäufer sind vom Mitbieten ausgeschlossen. 2(86)

Vereinigte Lebensmittelhändler.

Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr:

Wichtige Besprechung bei Stahlheber.

Allseitiges Erscheinen dringend erwünscht.

6(86)

Frauenhaar

kauft

W. Schneider, Untere Grabenstraße 27,
gegenüber Glaser & Schmidt,
Telefon 390. 4(86)

Aufruf

zur Bekämpfung der Geschlechts- krankheiten.

Mit der Demobilisierung ist eine erschreckende Vermehrung der Geschlechtskrankheiten eingetreten und es werden die Familien und damit der Gesundheitszustand unseres gesamten Volkes aufs äußerste bedroht. Die energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist daher dringend erforderlich.

Diese Krankheiten werden nicht nur durch den Geschlechtsverkehr, sondern auch auf mancherlei andere Art verbreitet.

Alle Geschlechtskrankheiten sind sicher heilbar, wenn sie frühzeitig in Behandlung kommen, d. h. früher, als eine Allgemeinerkrankung des Körpers zustande gekommen ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geschlechtskranken möglichst früh in ärztliche Behandlung kommen.

Nur die Ärzte sind imstande, die Geschlechtskrankheiten rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Man zögere daher nicht, bei verdächtigen Haut- und Schleimhauterkrankungen sofort einen Arzt um Rat zu fragen.

Kranken, welche die ärztliche Behandlung nicht bezahlen können, kann kostenfreie ärztliche Behandlung zuteil werden.

Der Vorsitzende des
Kreisärztes:

Schellen,
Landrat.

Namens der Ärzte von
Limburg und Umgebung:

Der Kreisarzt
Dr. Senbaum, Medizinalrat.

Zirkus Rudolfo-Schau.

Dieners Lagerplatz.

Heute abend 8 Uhr: Gala-Eröffnung.

Morgen Samstag 2 Vorstellungen

4 Uhr nachmittags. Kinder halbe Preise.

Abends 8 Uhr Paradedarstellung.

Salut Nadschura, Se Nulls Chinesen,

Schust, der Gedanken lesende Hund. 1(86)

Vorverkauf Labonté. Billettsteuer extra.

APOLLO-THEATER.

Samstag, den 16., Montag, den 18. und
Dienstag, den 19. 4. von 6 Uhr,
Sonntag, den 17. 4. 20 von 3 Uhr:

Sklaven fremden Willens.

Eichberg-Film in 6 Teilen.

Es wird gebeten, das Geld abgezählt bereit zu halten.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

Der „Limburger Anzeiger“

(Amtl. Kreisblatt)

unterhält an folgenden Orten

Agenturen,

bei denen jederzeit ein

Abonnement

begonnen werden kann:

Staffel, Frau Spieler
Diethrichen, Frau Joh. Phil. Schmidt
Steeden, Frau Volkwein
Ennerich, Frau Hüb
Winter, Frau Huber
Mensfelden, Frau Koch
Reesbach, Paul Seel
Heringen, Frau Albert Ran
Holzheim, Frau Schupbach
Flacht, Frau Ww. Jung
Niederneifen, Frau Labonté
Oberneifen, Frau Ww. Ott
Rezbach, Frau Karl Schermuly
Hahnstätten, Frau Gilbert
Kaltenholzhausen, Frau Hofmann
Burgschwalbach, Frau Ww. Hasselbach
Nückershausen, Frau Philipp Euler
Hausen ü. Har, Frau Wilhelm Rottert
Kettenbach, Frau Ww. Buzbach.

Freibank. Gegen Fleischarten:

Samstag, den 17. April
von 10^{1/2} bis 12 Uhr vorm.
von Karten Nr. 201 bis 450,
von 2 bis 4 Uhr nachm. von
Karten 451 bis 750.

Es werden pro Familie
1 Pfund abgegeben. Preis
pro Pfund 3.50 M.

Schlachthofverwaltung.

Verloren!

Goldener Anker in St.
Ein von Kaufhaus Müller,
Dreyerstr. Doppelstift. Gegen
Belohnung abgegeben. 7(86)
G. Vont, Kaufhaus Müller.

Zahnersatz

mit und ohne Platte in 20
Minuten Gold, garantiert er-
stklassige Ausführung. In
Kaufhaus bestes Material,
Plombieren u. Zahn-
ziehen möglichst schmerz-
los — Behandlung sämtlicher
Kassenmitglieder. 5(58)
D. Ehrenberg, Dentist.
Dreyerstr. 2. Rosenstraße.

3 Eichenholzfenster

1,58x1,05 zu verkaufen.
5(85) Frankfurterstr. 19.

Gebrauchte, gut erhaltene

Holzschrankwand

zu kaufen gesucht von
Gottfr. Schäfer,
8(85) Mechaniker.

Arbeitsbücher

zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.

Junge mit guter Schulbildung als

Lehrling

in unsere Setzerei sofort

gesucht.

„Limburger Anzeiger“

(Amtliches Kreisblatt)

Limburg a. d. Lahn,
Brückengasse 11.

Deutsche Warte

Jahr:

Heimstätten

Gegen:

Bodenwucher

Herausgeber:

Dr. jur. h. c. Adolf Damaschke

Der bekanntlich von Männern und Frauen

aller Parteien als Kandidat für die

Reichspräsidentenschaft

aufgestellt ist)

Nr. 2. — monatlich

(mit 6 Beilagen wöchentlich)

Verlag der Deutschen Warte,

Berlin NW 6.

Erziehungsheim Schloss Werdorf.

Kr. Wetzlar. Vorber. f. alle Klassen. Vorz. Verpflegung
Schöne, gel. Lage. 3(1)

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen bei
Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufs-
angebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer unter-
liegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffentli-
chung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der
Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und
Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche ver-
öffentlichte Chiffreanzeige der zuständigen Steuerbehörde mit der
Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den
Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Umsatzsteuer beim
Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15%.
Die Verkäufer können bei der Festsetzung des Verkaufspreises
hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.